

# Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Nr. 20. Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechspaltige Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreispaltige Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 47.

Dienstag, den 25. Februar 1919.

17. Jahrgang.

## Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

sf. Ueber dieses Thema sprach am Freitag in den Festsälen von Jels vor ungefähr 800 Personen der Generalsekretär der deutschnationalen Volkspartei Thomas aus Stettin. Da wir uns mit seinen Ausführungen in allen wesentlichen Punkten einverstanden erklären können und der Gegenstand ein allgemeineres Interesse besitzt, geben wir den Gedankengang mit folgendem in seinen Grundzügen wieder.

Nachdem der Redner zunächst auf die vielfache Mangelhaftigkeit und Unfertigkeit der die Wahlen auf den 2. März festsetzenden Verordnung, die überhaupt geradezu eine verdächtige Eile verrät, hingewiesen hatte, ging er auf die zukünftigen Aufgaben der Gemeindeverwaltungen näher ein. Hier betonte er zunächst, daß die auf Grund des freilesten und allgemeinsten Wahlrechtes gewählte Körperschaft, die sogenannten Arbeiter- und Soldatenräte, keine Aufsichtsbefugnisse, oder besser weder ein Vollzugs- noch ein Kontrollrecht haben könnten, sondern unter allen Umständen zu verschwinden hätten. Die Berechtigung zum Wählen dürfe nicht von der Zahlung eines Bürgergeldes abhängig sein, das überhaupt anzuführen ist, statt dessen ist besser eine gewisse Sechshaftigkeit zu verlangen.

Die Angestellten der Gemeinde sind wirtschaftlich den Staatsbeamten und Staatsarbeitern gleich zu stellen, insbesondere steht ihnen ein Recht auf alljährlichen Urlaub und auf unbedingte Sonntagsruhe zu. Anstelle des Sonntags kann da, wo ein völliges Stilllegen der Arbeit im Gesamtinteresse nicht angängig ist (Gas- und Wasserwerk usw.), ein Wochenfeiertag treten. Für die unteren und mittleren Beamten sind Dienstwohnungen in ausreichender Zahl zu beschaffen.

Im Bildungswesen möchte es als ein Ideal erscheinen, jedem das Universitätsstudium zu gestatten, dabei würde aber das praktische Leben zu kurz kommen. Wohl aber ist dem tüchtigen und begabten Schüler, wenn er mittellos ist, der Aufstieg durch wirtschaftliche Hilfe, auch Staatshilfe, zu ermöglichen. Wichtig sind Berufsberatungsstellen für die schulverlassene Jugend, um die Berufswahl nicht wie bisher mehr oder minder dem Zufall oder doch der Meinung der Eltern zu überlassen, vielmehr soll hier die persönliche Bereitschaft der Schulentlassenen und die Gesamtlage des zu wählenden Berufes, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung maßgebend sein. Fortbildungsschulen für beide Geschlechter, für die Mädchen mehr nach der hauswirtschaftlichen Seite hin, dem eigentlichen Berufes des Weibes als Hausfrau und Mutter entsprechend, sind ein unbedingtes Erfordernis.

Ein längeres Kapitel war der allgemeinen Sozialpolitik gewidmet, wo insbesondere das bisherige Submissionswesen scharf geißelt wurde. Anstelle der bisher üblichen Vergebung der Gesamtarbeiten an den Mindestbietenden seien Gemeindeforderungen in einzelnen Losen unter Beteiligung des möglichst zu Genossenschaften zusammenzuschließenden Gewerbes zu vergeben. Empfohlen wurde eine weitgehende Verstaatlichung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung u. a., und zwar nicht erst durch Ankauf bestehender Privatunternehmungen, sondern, wie das die Stadt Köslin ja bereits in vorbildlicher Weise getan, durch Neugründung oder in gemischt wirtschaftlicher Beteiligung. Hierher gehört auch die Regelung der Verkehrsverhältnisse. Verkehrsmittel dort beschaffen, wo sie nachgerade ein unabweisbares Bedürfnis, ist eine Selbstverständlichkeit; großzügige, vorausschauende Verkehrsprojekte aber leitet den Verkehr dorthin, wo sie ihn haben will, und schließt auf diese Art oft wertvolles Gelände zum allgemeinen Besten auf und schafft neue Werte. Scharf wurde aber gegen eine zu weit gehende Verstaatlichung polemisiert, hier gibt es eine unbedingte Grenze, wie denn auch eine völlige Sozialisierung aller Betriebe eine reine Unmöglichkeit ist. Der geradezu beispiellose Mißerfolg der Gemeinden in Beschaffung und Bewirtschaftung der Lebensmittel während des Krieges, wodurch hunderte Tausende von Zentnern an Lebensmitteln, Kartoffeln, Fleisch etc. der Ernährung verloren gegangen sind, zeigt klar, daß dieses Gebiet, wie überhaupt das der Beschaffung und Verteilung besser dem Kleinhandel verbleibt.

Weiter behandelte der Redner die Bevölkerungspolitik im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage, wies auf die infolge Englands Aushungerungspolitik stark gestiegene und noch weiter anwachsende Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit hin, verlangte dementsprechend weitestgehende Maßnahmen im Gestalt von Säuglingsheimen, Spiel-, Turn- und Turnplatzanlagen für die Jugend und im Sommer und Winter kennbare Schwimmbäder, freizeitleiche Wohnungsnot in den Städten, die uns auf den Dachboden, und in den Keller getrieben und zeigte, wie hier durch hauptsächlich bestellte Wohnungspfleger, die die Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung dauernd zu prüfen, zu überwachen hätten, durch Bau und Anlagen von Kleinwohnungen, Gartenkästchen und Heimstätten (insbesondere auch für unsere Kriegsschädigten) Rat geschaffen werden kann und muß und ging schließlich auch auf die wichtigste Frage der Dedung der zukünftigen Lasten ein. Hier bot sich dem Auge freilich ein trübes Bild: die Spitze des sich vor uns auftürmenden Steuerberges ist mit blohem Auge gar nicht mehr zu erkennen. Darum heißt es als fester Grundsatz und oberste Richtschnur: keine Ausgaben, die irgend vermeidlich, vor allem keine, für die keine Dedung vorhanden ist, oder beschafft werden kann. Auf die Wiedergabe des Steuerbouquets, das der Redner unsern Blicken darbot, möchten wir an dieser Stelle lieber verzichten, um den Lesern keinen unangenehmen Nachgeschmack von den sonst so trefflichen Ausführungen des Redners zu verursachen. Voll und ganz unterschreiben wir aber die Schlussworte des Redners. Wenn die sozialdemokratische Regierung hofft, uns durch Ausschreibung von immer neuen Wahlen allmählich müde und wahlmüde zu machen, so sagen wir nun erst recht und müßten wir wählen alle Monat einmal, so wählen wir doch deutschnational.

## Verhungern oder arbeiten.

Aus Weimar wird der „Sozialistischen Korrespondenz“ von zuständiger Regierungsseite mitgeteilt: Das Getreidedefizit von 1919 beträgt 2 Millionen Tonnen. Wir hätten mit der heimischen Produktion in diesem Jahre in keinem Falle ausgereicht, aber die Unmöglichkeit wurde noch vergrößert durch den Verlust der größten Teiles von Posen, das den neunten Teil des ganzen in Deutschland verzehrten Stornes lieferte. Die Vorräte der Reichsgetreidestelle sind im Augenblick reichlich und die Eingänge nicht ungünstig. Aber Ende Mai, günstigstenfalls Mitte Juni, sind wir mit unseren sämtlichen Vorräten endgültig am Ende, wenn wir nicht vom Ausland Getreide hereinbekommen.

Die Nahrungsmittelproduktion ist im Augenblick nicht gering; es sind noch erhebliche Bestände vorhanden. Aber wir werden sie notwendig gebrauchen, um den Anfall an Kartoffeln in den nächsten Monaten zu ersetzen. Zehntausend Tonnen Hülsenfrüchte sind seit der letzten Ernte ausgeteilt worden. Weitere 10 000 Tonnen werden noch zur Verteilung kommen. Gegenüber der Bevölkerungszahl ist das alles sehr wenig. Die Viehablieferung war wegen der Futtermittelnot in den letzten Wochen recht günstig. Sobald auch nur die erste Weidegelegenheit sich eröffnet, werden die Landwirte sich mit allen Mitteln gegen die weitere Ablieferung von Vieh zur Wehr setzen. Denn sie brauchen, was noch vorhanden ist, dringend zur Nahrung und zur Arbeit. Sollte es gelingen, Fleisch einzuführen, so wird dies nicht außerhalb der Nationen zur Verteilung gelangen können, sondern dazu dienen müssen, diese durchzuhalten.

Sehr ungünstig sind die Aussichten der Fettversorgung. Der Rückgang der Anlieferung beträgt seit dem Jahre 1917 ein weiteres volles Drittel. Der Rückgang rührt her von dem verringerten Viehbestand, der Futtermittelnot und dem schwer zu bekämpfenden Schleichhandel. Die Milchversorgung ist beängstigend schlecht, am schlechtesten in Rheinland und Westfalen.

Auch bei der Kartoffelversorgung wird der Anfall Posen sehr empfindlich. Wir brauchen für die städtische Bevölkerung 117 Millionen Zentner. Davon sind 70 Millionen Zentner angeliefert und 22 Millionen Zentner werden noch eingehten. Der Rest von 24 bis 25 Millionen Zentner stellt den Selbstbedarf dar; es fehlen uns die Kartoffeln für etwa zehn Wochen. Mitte Mai werden wir mit unseren Kartoffelvorräten ungefähr zu Ende sein. Eine nicht unmerkliche Menge Kartoffeln ist verrottet worden, während die Brenn-Industrie so stark wie irgend möglich eingeschränkt wurde.

Die Gemüseanbaulage hat um 113 Prozent zugenommen. Aber durch die ungünstigen Transportverhältnisse ist viel verdorben. Dürgemittel und Salzgemüse wird in großen Mengen zur Verfügung stehen und die wichtigste Aushilfe darstellen.

Schlecht ist die Zuckerverversorgung, hauptsächlich ebenfalls infolge der Transportchwierigkeiten und des Kohlenmangels, ganz ungenügend die Fischversorgung. Hier trüben die wilden Sozialisierungspläne und die Eigenmächtigkeiten der Matrosen großen Schaden. Auch hat der Tauschhandel, den einzelne Arbeiter- und Soldatenräte eigenmächtig eingerichtet haben, die Bewirtschaftung durch das Reich vollständig durchbrochen.

Den Düngemittelfabriken fehlen Kohlen und Kalk. Die Verlegenheiten sind durch die Arbeiterunruhen in den Braunkohlenbezirken erhöht worden. Der Verlust des linksrheinischen Gebiets bedeutet den Wegfall von 56 Prozent des Thomasmehls, das uns früher zur Verfügung stand.

Woh um das Defizit zu decken, brauchen wir bis zur neuen Ernte eine Einfuhr von 3 Millionen Tonnen Getreide, einer Million Tonnen Fleisch und einer Million Tonnen Fett.

Die zum Ankauf dieser Lebensmittel notwendigen 5 Milliarden Mark können wir nicht aufbringen, wenn wir nicht die fremden Werte in Deutschland vollständig erfassen und Ausfuhrgegenstände in erheblichem Umfange produzieren. Was auf diesen Gebieten versäumt wird, muß unmittelbar den Hunger nach sich ziehen.

## Weimar.

13. Sitzung vom 21. Februar 1919.

Forderungen von Gewaltmaßnahmen gegen Spartakus. Präsident Behrendt eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Ministerpräsident Scheidemann bringt im Namen der Regierung den tiefen Schmerz und die Verurteilung der Morde in München zum Ausdruck. (Das Haus hört diese Ansprache stehend an.)

Das Diätengesetz wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen.

Darauf wird die Besprechung der Regierungsvorlage fortgesetzt.

Ministerpräsident Scheidemann:

Der Boden, auf dem wir stehen, schwankt. Er wird vielleicht schon in kürzester Zeit zusammenbrechen, wenn es uns nicht gelingt, dem wahnwitzigen und verbrecherischen Treiben der Spartakisten im Ruhrrevier entschlossen ein Ende zu machen. Die dortigen Spartakisten sind ganz gewöhnliche Räuber, Spitzbuben und Verbrecher. Die Nationalversammlung müßte die Regierung zum Tadel jagen, wenn sie nicht mit aller Kraft und Entschiedenheit Gewalt gegen Gewalt setzt. Ich bin überzeugt, daß es den Regierungstruppen gelingen wird, den Spartakisten und Gewaltmenschen in kürzester Zeit das Handwerk zu legen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Ein Antrag aller Parteien, ausgenommen der Unabhängigen, wird eingebracht, in dem es heißt: Das deutsche Volk erwartet einen Wilsonfrieden des Rechts. Die Nationalversammlung verlangt die Anwendung aller Mittel, um den Bolschewismus an der Ostgrenze lahmzulegen. Die Verhandlungen der Entente müssen das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben, und die Nationalversammlung legt dagegen vor der ganzen Welt feierlichst Verwahrung ein.

Weiter ist von den Mehrheitsparteien ein Vertrauensvotum eingebracht.

Es geht ein von allen Parteien (außer den Unabhängigen Sozialisten) gestellter Antrag ein, der die Bestrebungen auf einen Anschluß Deutsch-Osterrichts begrüßt und zuversichtlich die Hoffnung ausdrückt, daß die Verhandlungen der beiden Regierungen recht bald ein günstiges Ergebnis haben.

Abg. Meerfeld (Mehrheitssozialist): Die Sozialisten des Rheinlandes protestieren gegen jede Schwächung und Föderung des Gefüges von Deutschland. Deutschland soll und kann den Völkern im Sozialismus führend vorangehen.

Vizepräsident Schulz teilt mit, daß der Antrag über den Anschluß Deutsch-Osterrichts auch von den Unabhängigen Sozialisten unterstützt worden ist und somit ein gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien ist.

Nach weiterer Debatte wird der Schlußantrag angenommen. Das Vertrauensvotum wird gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten und der beiden Parteien der Rechten angenommen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen und Volksparteier gegen den Schluß der Debatte protestieren, wird der Antrag über den Rechtsfrieden mit großer Mehrheit und der Anschluß Deutsch-Osterrichts einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Reichswehrgesetz, Verfassungsentwurf. Schluß gegen 7 Uhr.

## Rundschau.

Waffenstillstand und Präliminarfrieden.

Genf, 22. Februar. (N.) Wie aus Paris gemeldet wird, werden die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen Deutschland in der ersten Hälfte des März vorgelegt werden. Sie sind nach Form und Inhalt gleichbedeutend mit dem Präliminarfrieden. Wie weiter gemeldet wird, soll die Blockade für Lebensmittel und für solche Rohstoffe, die in Deutschland im Veredelungsverfahren verarbeitet werden, mit dem Tage der Unterzeichnung aufgehoben werden.

Genf, 22. Februar. (N.) Pariser Meldungen zufolge wird der Zehnerausschuß der Großmächte sich vorläufig mit der Regelung einiger minder wichtiger Fragen befassen, während die großen Probleme noch eingehend in den Kommissionen erörtert werden sollen.

In den nächsten Sitzungen wird man sich mit der Frage von Nordschleswig, der Zukunft Palästinas und Marokkos befassen, dagegen wird die Erörterung über die Verhältnisse in Rußland einige Zeit hinausgeschoben werden. Auch die Beratungen über die Abrüstungsfrage werden erst wieder aufgenommen werden, wenn Orlando nach Paris zurückgekehrt ist.

Völlige Unklarheit herrscht innerhalb der Alliierten über das Rheinproblem. Zwar sind alle Beteiligten sich darüber im Klaren, daß irgend eine Form dafür gefunden werden muß, wie eine Bedrohung Frankreichs durch Deutschland verhindert werden kann. Bisher ist es aber nicht gelungen, für die Auffassungen, die sich zurzeit vollkommen entgegensetzen, eine einigende Formel zu finden. Während die Franzosen die Ansicht vertreten, daß der Rhein die strategische Grenze zwischen Frankreich und Deutschland bilden muß, sehen England und die Vereinigten Staaten auf dem Standpunkt, daß die Entwaffnung Deutschlands und der Völkerbund genügende Garantien für die Sicherung Frankreichs bieten. In politischen Kreisen herrscht die Auffassung, daß die endgültige Regelung der Frage bis zur Rückkehr Wilsons nach Europa vertagt werden wird.

Was wird in Paris besprochen?

Basel, 22. Februar. Die dringende Aufforderung an Lloyd George, sofort nach Paris zu kommen, wird von der Pariser Presse lebhaft erörtert. Der Grund der eiligen Besprechung dürfte darin zu suchen sein, daß in den Ententeländern die Unzufriedenheit und die bolschewistische Bewegung unmerklich um sich greifen. Es soll wahrscheinlich über gemeinsame Maßnahmen dagegen beraten werden.

Engländer und Franzosen in Danzig

Danzig, 22. Februar. Die französische Jacht und die englischen Kreuzer Mac und Trueland sind heute mittag 2 Uhr im Danziger Hafen eingetroffen.

Die Dänischen Ansprüche.

Paris, 21. Februar. Die heute der Friedenskonferenz unterbreiteten dänischen Ansprüche werden wahrscheinlich zu einer Volksabstimmung in Schleswig führen. Es wird erwartet, daß ganz Nord- und ein Teil von Mittel-Schleswig dänisch wird und die neue Grenze an der Bucht von Flensburg beginnt. Die Dänen werden auch den Nordteil von Sylt verlangen.

## Der Kampf gegen die Polen.

Keine Anweisung für die Polen zur Kampfeinstellung.

Scheidemann, 22. Februar. (Amtlich.) Wie aus einem durch Parlamentäre überbrachten Schreiben des Stabes der polnischen Hauptquartiers hervorgeht, hatten die Truppen am 20. Februar noch keine Anweisung zur Einstellung der Feindseligkeiten erhalten. Während wir uns seit Bekanntgabe des Waffenstillstandes streng jeder Angriffsaktion enthielten und nur zur Abwehr von den Waffen Gebrauch machten, setzten die Polen die Feindseligkeiten auf der ganzen Front fort.

Die deutschen Beamten in Posen gekündigt.

Thorn, 22. Februar. Den städtischen Beamten in Posen sind ihre Stellen zum 1. April gekündigt worden. Sie sollen durch polnische Beamte ersetzt werden.

Verstärkter Belagerungszustand über Kulmsee.

Thorn, 22. Februar. Wegen großpolnischer Umtriebe sind in Kulmsee weitere sieben polnische Bürger verhaftet worden. Der Belagerungszustand wurde erheblich verschärft, von 5 Uhr nachmittags ab ist jeder Straßenverkehr verboten. Die verhafteten Geiseln sind freigelassen worden.

### Polnischer Hochverrat in Westpreußen.

Bekanntlich waren in mehreren Kreisen Westpreußens einzelne Polenführer verhaftet worden, gegen die schwerbelastendes Material des Hochverrats vorlag. In Thorn hat nun der Parteigänger der Polen, der Vorsitzende des Soldatenrates, Raube, der bei Verhängung des Belagerungszustandes und der Verhaftung der dortigen schwer kompromittierten Polenführer vorübergehend abwesend war, nach seiner Rückkehr es durchgesetzt, daß die Maßnahmen zurückgenommen wurden. Auf einen Beschluß des Soldatenrates, den Raube herbeiführt, wurden sämtliche Personen, mit Ausnahme des Bahnhofsstellvertreters Rychlicki, welcher in dieser Spionageangelegenheit verhaftet wurde, aus der Haft entlassen, selbst der stark belästete Rechtsanwalt Szumanski, letzterem wurde nachgewiesen, daß er Personen, die erklärt haben, zum polnischen Heere sich anwerben zu lassen, Ausweise verabreicht hat. Bei seiner Vernehmung hat er nichts zugegeben. Ferner wurde bei der Durchführung seiner Geschäftsräume eine Geheimverfälschung des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen vom 5. Januar 1919 an die Landräte gefunden. Rychlicki gab an, daß der Rechtsanwalt Szumanski Auskunft geben könne über die Einleitung und Namhaftmachung von Personen, welche bei der Besetzung von Thorn durch die Polen die Verwaltung übernehmen sollten.

Die übrigen verhafteten Personen, darunter das Mitglied des Volksgesundheitsrates U. und S.-Rates, Makowski, Raube's Freund, sind Vorstandmitglieder polnischer Krieger-, Sokol- und ähnlicher Vereine, welche die gewalttätige Vorbereitung deutscher Gebietsteile bezwecken. Als Beweis dafür dürfte auch eine bei Rychlicki vorgefundene Schrift dienen, welche eine Instruktion enthält für die mit der gewalttätigen Vorbereitung beauftragten Kommissare. Rychlicki hat sie Anfang Januar in Posen vom Komitee, Bäderstraße, erhalten.

Die Sitzungen enthalten u. a. folgende Punkte:

1. Man muß sich bemühen, möglichst viele tüchtige polnische Soldaten in den S.-Rat hineinzubekommen.

2. Vertrauensleute bei der Post und Eisenbahn sind dringend notwendig.

3. Sicherheitskompanien müssen geschaffen werden, welche die Wache bei Kasernen, Bahnhöfen, Versammlungen sowie Stadtpatrouillen zu stellen haben.

4. Die Militärorganisten sollen mit den Sokol-pp. Vereinen in Verbindung treten, um mit diesen die polnischen Soldaten gut auszubilden zu können.

5. Der Militärorganist hat sämtliche Berichte durch einen Kurier an das Zentralfürsorgeamt in Posen, Bäderstraße, zu senden.

Aus in Danzig aufgefundenen Schriften geht hervor:

„Was die Angelegenheit der Befreiung (Entlassung) arretierter Polen betrifft, so erleben wir sie gegenwärtig unter Vermittlung des Herrn J. aus dem polnischen Soldatenrat in Danzig, der direkte Verbindung mit dem Volksgesundheitsrat in Danzig hat. Das ist ein tüchtiger und pflichtiger Mensch, durch dessen Bemühungen die Polen viele geheime Sachen aus dem Generalkommando erfahren. In Sachen der geheimen deutschen Erlasse zeichnet sich auch der Postbeamte Herr B. aus Danzig aus. Während des Krieges war er Offizier. Als Postbeamter hat er Gelegenheit, verschiedene militärische Befehle anzufangen.“

Ferner wird in dieser Schrift darauf hingewiesen, daß die polnische Bevölkerung gut organisiert sei und auf einen Aufruf zu den Waffen 50 000 erscheinen können. Es mangelt nur noch an Waffen. Die Polen in Westpreußen würden nur auf die Ankunft Hallers warten. Schwierigkeiten bereite nicht die Einnahme der Forts, sondern die der Eisenbahnstrecke Danzig-Thorn. Karthaus und Berent seien besonders gut organisiert. Wenn Allenheit genommen sei, würde sich auch Ermeland und Masurien rühren.

Ueber polnische Volksräte in Westpreußen heißt es:

Die Volksräte verfolgen ein weitgestecktes Ziel. Sie erblicken schon jetzt in sich eine Art örtlicher Regierung. Dies erklärt sich schon daraus, daß der Volksrat aus verschiedenen Kommissionen besteht, nämlich: Finanz-, Schul-, Kirchenkommissionen, Kommission für öffentliche Sicherheit, Militär, Versammlung, Arbeiternachweis usw. Die Volksräte richten sich nach den Erlässen, die sie aus Polen erhalten.

Die Polen haben zwischen allen größeren Städten, auch mit Berlin, einen vorzüglichen Kurierdienst eingerichtet.

Als Tag des Aufstandes der Westpreußen-Polen wird vielfach der Tag genannt, an welchem die Hallersche Armee deutschen Boden betritt. Das Eintreffen dieser Armee soll ihnen von Dänemark rechtzeitig mitgeteilt werden.

### Polnische Untat.

Aus dem Posenischen wird uns geschrieben:

In Wiesitz wurde ein deutscher Seefahrer namens Platter von den Polen verhaftet. Bei seinem Abtransport nach Nakel versuchte er angeblich zu entfliehen und wurde von dem polnischen Soldaten Zielinski aus allerhöchster Nähe niedergeschossen. Als Platter noch lebend und wimmernd am Boden lag, schlug und stach der polnische Unmensch solange auf ihn ein, bis er verstummte.

### Spartakus.

#### München in der Hand der Kommunisten.

München steht unter Diktatur eines Räteauschusses, zu dem sich die drei sozialistischen Gruppen geeinigt haben. Der Eifererschuß soll auf 50 Mann erweitert werden und dann die Regierung übernehmen. Ein Ministerium ist noch nicht bestimmt. Die Minister sind teilweise noch im Amt.

Wie die „Nationalzeitung“ aus Weimar erfährt, hat die Reichsregierung beschloffen, die Räterepublik nicht anzuerkennen; sie hat diesen ihren Beschluß bereits dem Gesandten mitgeteilt. Die Truppen der Münchener Garnison sind, soweit sich beurteilen läßt, ausnahmslos auf die Seite der Kommunisten übergetreten, auf alle Fälle aber sind sie so unzuverlässig, daß man mit ihrer Hilfe zu Wiederherstellung der Ordnung nicht rechnen kann.

Gegenüber vielfachen Gerüchten, daß Minister Auer seinen schweren Verletzungen bereits erlegen sei, erfährt das Wolfische Bureau von der Familie des Ministers, daß dieser Sonntag noch am Leben war. Auer's Zustand ist aber sehr bedenklich.

Minister Timm, der ebenfalls ermordet sein sollte, befindet sich am Leben, Kriegsminister Kosschütz ist weder tot noch in den Händen der Spartakisten, sondern befindet sich inmitten der regierungstreuen Truppen. Nach in Weimar eingegangenen Meldungen sollen in München zahlreiche demokratische Abgeordnete, darunter auch Mitglieder der Nationalversammlung, unter ihnen in erster Linie Professor Dr. Quide, von der kommunistischen Regierung verhaftet worden sein. Freitagabend sind durch Räte-truppen angeblich sieben Mißgeschick an dem Attentat gegen Eisner verhaftet worden. Auch Graf Lutzburg, der Bruder des früheren deutschen Gesandten in Argentinien, ist unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an dem Attentat des Grafen Arco verhaftet worden. Kompromittierende Schriftstücke sollen bei ihm gefunden worden sein.

W. München, 22. Februar. Die Versammlung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hat die Anträge auf Bewaffnung des Proletariats und auf Verkündigung der bayerischen Räterepublik einstimmig angenommen. Der Vorsitzende erklärte, daß diese von den Arbeitern aller sozialistischen Richtungen auf demokratischer Grundlage errichtet werde.

München, 22. Februar. (U.) Für Kurt Eisner wurde eine dreitägige Landestruar angeordnet. Die gesamte Presse untersteht der Kontrolle des Zentralrats. Die Bewaffnung des Proletariats wird nicht planlos geschehen.

Auch in Nürnberg herrscht Generalstreik. In Schweinfurt ist das Telephonamt durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt worden.

Bei dem Grafen Arco fand man Aufzeichnungen mit den Worten: Hoch Wittelsbach! Hoch Kupprecht!

### Eisners Tod und das Bürgertum.

Zur Ermordung Eisners sind die Äußerungen der sozialistischen Blätter von Interesse. „Die Freiheit“ als Organ der Unabhängigen, die Eisner nahestand, beschränkte sich in ihrem gestrigen Abendblatt nur auf ein paar allgemeine Bemerkungen und sagte, Eisners Ermordung sei eine Schmach und Schande für das deutsche Volk, und sie beweiße, wie stark der Geist der Knechtschaft noch in diesem Volke lebe. Diese Bemerkungen können trotz ihrer Unverschämtheit nicht weiter überraschen, denn die Leute, die die „Freiheit“ machen und hinter ihr stehen, gehören nicht zum deutschen Volke, und es fällt ihnen infolgedessen nicht schwer, als außerhalb des deutschen Volkes stehende Glieder einer Volksgemeinschaft das deutsche Volk als solches zu beschimpfen und zu beleidigen, das in Bayern durch die diktatorische Politik des Eisner mehr oder minder in seinem guten Kerne zur Verwilderung getrieben worden war.

Der „Vorwärts“, dessen Schriftleitung Eisner früher angehörte, feiert Eisner als einen „Feind der Gewalt und einen Gegner des Bolschewismus“, obwohl Eisner durch seine Politik dem Bolschewismus letzten Endes in die Hände gearbeitet hat. Dem „Vorwärts“ ist angeichts der Schüsse in München unbehaglich geworden; er fürchtet, daß sich die Empörung der unabhängigen-sozialistischen-spartakistischen Elemente in Bayern gegen die Mehrheits-sozialdemokratie wenden könnte, und so öffnet der „Vorwärts“ nach bekanntem Muster ein Ventil nach rechts; er macht „die Reaktion“ für den Tod Eisners verantwortlich, obwohl sie damit garnichts zu tun hat. Es ist das selbe Spiel, das der „Vorwärts“ nach der Ermordung Liebknechts und der Luxemburg getrieben hat. Auch damals suchte er die Schuld nach rechts abzuladen. Diesmal spricht er davon, daß das ganze arbeitende Volk „gegen die stumpfe, plumpe Reaktion“ zusammenstehen müsse und daß die Arbeiter „keinen Augenblick vergessen“ dürfe, daß die Reaktion „unser aller Feind ist“. Wenn sie sich an den Kern der Arbeiterbewegung, die große, starke Sozialdemokratie, noch nicht herantraue, so geschehe das nur deshalb, weil sie sich noch nicht stark genug dazu fühle. Im Zusammenhang damit spricht der „Vorwärts“ davon, daß Bebel einst von der rechtsstehenden Presse mit dem Erschießen bedroht worden sei, und auch Ebert und Scheidemann hätten während des Krieges nach der Meinung der „Kreuzzeitung“ auf den Sandhaufen gestellt werden müssen.

Diese Ausführungen des „Vorwärts“ beleuchten wieder einmal einerseits die Angst der Mehrheitssozialdemokratie vor dem Sturz der Sozialdemokratie und der Konkurrenz der Unabhängigen und andererseits die Tatsache, daß die Sozialdemokratie ihrer alten Politik der Verheugung der Massen treu geblieben ist. Die Scheidemann verraten sich mit solchen Anmerkungen wie denen jetzt im „Vorwärts“, und sie lassen erkennen, daß eine frisch-fröhliche Haß gegen das Bürgertum alsbald wieder entfallen werden soll, wenn man den Zeitpunkt dafür für gekommen erachtet. Augenblicklich braucht die Sozialdemokratie das Bürgertum; es soll den Scheidemannern dazu verhelfen, daß sie sich im Sattel festsetzen; die Mehrheitssozialdemokratie braucht zugleich einen Kampfgenossen gegen die Unabhängigen; sie möchte, daß sie bei den Auseinandersetzungen mit den Unabhängigen die rechte Hand frei hat. Daher spielt sich die Sozialdemokratie gegenüber dem Bürgertum zurzeit als unschuldiges Lamm auf, das nur das Beste auch für das Bürgertum wolle. Die Bemerkungen des „Vorwärts“ aber zum Tode Eisners beleuchten grell die Lage; sie zeigen, daß wir uns von der Mehrheitssozialdemokratie nicht über das Ohr hauen lassen dürfen.

Angriffe bei Paulsfontäne südlich Kolmar wurden am 20. Vormittags abgewiesen. Gleichzeitig wurde das nur schwach besetzte Radworts südwestlich Margonin von überlegenen Kräften angegriffen und von uns geräumt. Christinchen, Podanin, Deutschen-dorf und Podscich südwestlich Kolmar sowie Ruhof und Liepe, östlich Samotshir, wurden von den Polen besetzt. Bei Neu-Smolno, 5 Kilometer südwestlich von Hopfengarten, wurde eine unserer Patrouillen innerhalb der Postenkette vom Westufer des Nigelanals her beschossen. Polnische Truppen, die am 20. Werdershausen, 7 Kilometer südwestlich Groß-Neudorf, angegriffen, wurden abgewiesen. An der Front bei Nakel sowie bei Jezewo, Dombrowken, Friedrichskron und Lannhofen wurden unsere Sicherungen beschossen. In der Nacht vom 20. zum 21. gelang es den Polen nach Artillerievorbereitung in Margonindorf und Müllersfelde nördlich Margonin einzudringen. Durch sofortigen Gegenstoß wurden sie wieder hinausgeworfen. Bei Miroslaw südwestlich Ush wurde am 21. vormittags ein polnischer Angriff abgewiesen. Ein gleichzeitig mit starken Kräften geführter Angriff bei Kolmar wurde am Oberlehniger Forst und bei Niederlehnitz blutig abgeschlagen.

### Die Opfer des Ueberfalls im Landtag.

München, 22. Februar. Von den Opfern des im Landtag verübten Attentats sind Major Gabreis, Referent im Militärministerium, und der Zentrumsabgeordnete Desel tot, Minister Auer lebensgefährlich, die Minister Kosschütz und Timm leichter verletzt. Der Täter soll ein Münchener Metzger namens Peter sein. Er wurde festgenommen.

### Die Lage im Ruhrgebiet noch ungeklärt.

Gestern haben im Ruhrgebiet 110 Zechenbetriebe mit insgesamt 145 000 Arbeitern, das sind 35 vom Hundert der Gesamtbelegschaft, stillgelegen. Die Arbeiterschaft setzt sich vielerorts gegen die erzwungene Arbeitseinstellung energisch zur Wehr. Zu Zusammenstößen ernsthafter Natur mit den Spartakisten ist es gestern nirgends im Industriegebiet gekommen. Die vorliegenden Nachrichten über eine Beendigung des Generalstreiks scheinen indessen nach unseren Erkundigungen noch verfrüht zu sein.

Wohl haben gestern in Münster Verhandlungen der unabhängigen U. und S.-Räte von Essen und Mülheim mit dem Generalkommando stattgefunden, ob die Bedingungen des Generalkommandos auf sofortige Einstellung des Generalstreiks und Abgabe der Waffen, aber ohne Einschränkung durch die aufrührerischen Elemente angenommen worden sind, darüber liegen noch keine verbürgten Nachrichten vor. Immerhin würde auch die Annahme dieser Forderungen an den eingeleiteten Polizeimaßnahmen nichts ändern. Die übereinstimmende Tendenz der Nachrichten, daß der Streit sich dem Ende zuneigt, dürfte aber wohl richtig sein.

Mülheim, 22. Februar. Die Ausstandeleiter zu Mülheim, Oberhausen, Sterkerade, Düsseldorf und Kettwig haben beschloffen, den gestern in Essen vereinbarten Bedingungen nicht zuzustimmen, sondern einen verstärkten Allgemeinausstand zu verkündigen.

### Ein Blutbad unter den Gefangenen.

Gladbek, 22. Februar. Die „Glabbecker Zeitung“ schreibt: In der gestern abend hier stattgefundenen Sitzung der U. und S.-Rates, an der auch der Vorsitzende sowie verschiedene Mitglieder des Böttroper U. und S.-Rates sowie der Böttroper Sicherheitswehr teilnahmen, wurde über die Vorgänge in Böttrop von dem Vorsitzenden des Böttroper U. und S.-Rates folgendes berichtet: Es steht fest, daß die Volkswehr an die Spartakisten nur zwei Tote und einige Verwundete hatte, die übrigen Leute sind nach der Kapitulation, nachdem die Gefangenen in Reih und Glied aufgestellt waren, niedergemacht worden. Die Gefangenen wurden zuerst schändlich mißhandelt und fast völlig ausgeraubt. Mäntel, Schuhe, Kleider, selbst die Hosen sind ihnen ausgezogen worden. Außerdem wurden etwa 4000 Mark in barem Geld geraubt und verteilt. Mit hochgehobenen Händen und unter fortwährenden Schlägen wurden die Wehrlosen nach Sterkrade übergeführt. Wer Geld hatte, konnte sich durch Bestechung freimachen. Die Mitglieder des Glabbecker U. und S.-Rates teilten mit, daß Leute auf der Schachtanlage Scholven in Gladbek durch Spartakisten in unglaublicher Weise mißhandelt wurden. 14-17jährige Burschen waren von ihren Vätern mitgebracht und dazu aufgezwungen worden, die Arbeitswilligen mit Eisenstangen und Knütteln zu schlagen. In der Sitzung wurde einstimmig beschloffen, die Vertreter der kommunistischen Partei aus dem U. und S.-Rat auszuschließen. Es sei festgestellt, daß auch Vertreter der U. S. P. dem Antrage auf Ausschluß der Spartakisten zustimmten. Der Antrag, auch Vertreter der U. S. P. aus dem U. und S.-Rat auszuschließen, wurde, nachdem der Vertreter der U. S. P. befriedigende Erklärungen und seine Zustimmung zu dem Antrage auf Ausschluß der Kommunisten gegeben hatte, fallen gelassen. Es soll jetzt versucht werden, bis zur Auflösung des U. und S.-Rates und nachdem die Gemeindevahlen erfolgt sind, mit allen Truppen gemeinsam zu arbeiten, soweit sie sich auf den Boden der Reichsregierung stellen.

Ein Teil der auswärtigen Spartakisten ist aus Böttrop gerückt. Die einheimischen Spartakisten sowie ein Teil der auswärtigen beherrschen nach wie vor die Böttroper Straßen; das Böttroper Amt sowie das Post- und Fernsprechamt sind noch von den Spartakisten besetzt. Der Straßenbahnverkehr von Gladbek nach Horst und Böttrop ist seit heute mittag zum Teil wieder aufgenommen.

### Böttrop von den Spartakisten geräumt.

Essen, 22. Februar. Böttrop ist jetzt von den Kommunisten geräumt worden. Nachmittags zog eine Kavalleriepatrouille von Regierungstruppen in die Stadt, über deren Besetzung durch Regierungstruppen noch mit dem Führer der Böttroper Unabhängigen Sozialisten verhandelt wird. Die von den Kommunisten bei den Verhandlungen mit dem Generalkommando in Münster zugesagte Herausgabe der in Böttrop von den Spartakisten beschlagnahmten Gelder, Lebensmittel usw. ist noch nicht erfolgt. Im Gegenteil haben die Kommunisten heute vormittag vor ihrem Abzuge noch in großem Umfange weitere „Requisitionen“, namentlich an Pferden und Wagen vorgenommen. Ein genauer Überblick über den von den Spartakisten während ihrer kurzen Herrschaft in Böttrop angerichteten Schaden läßt sich noch nicht gewinnen, doch sind alle die von ihnen fortgenommenen Geldbeträge und sonstigen Werte sehr beträchtlich. Ein Vertreter der Reichsregierung traf Reddinghausen ein, um wegen der Böttroper und übrigen Fragen Informationen einzuholen.

### Eine „Kriegserklärung“.

Botha, 22. Februar. Die nach den Mooren von den „Unabhängigen“ einberufene Volksversammlung hat gestern nachmittag beschloffen, sich vom Deutschen Reich loszusagen und sich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich zu betrachten, weil die Rostocker Weißgardisten das Land jetzt mitten im tiefsten Frieden ohne Kriegserklärung überfallen hätten. Jeder Staatsbürger soll das Recht, Waffen zu tragen, erhalten. (Weiter geht es nicht mehr. Schriftl.)

### Die Kommunisten in Ostpreußen.

Rönigsberg, 21. Februar. In einem Flugblatt, das von der kommunistischen Partei, dem Roten Soldatenbund und der Sozialistischen Jugend unterzeichnet ist, werden die revolutionären Arbeiter Rönigsbergs zu einer Massenemonstration am Sonntag mittag aufgerufen, um gegen Nadeks Verhaftung zu protestieren. Das Flugblatt übertrifft in Ton und Inhalt, an Verbeugung und Verbeugung selbst die an sich schon recht leistungsfähigen Berliner Erzeugnisse ähnlicher Art. Es heißt darin unter anderem: „Wie 1914 belagert uns die Reaktion von Hindenburg bis Nahe mit Vaterlandsverteidigung. Russische Arbeiter sollen das Deutsche Land der Arbeiter bedrohen. Es ist zum Töten. Jeder Schuß auf die Bolschewisten, jeder Schuß auf Spartakus ist Bruderarmut. Der russische Arbeiterführer Nadek, der Gefährte des russischen Volkes an die revolutionären Arbeiter Deutschlands, ist von der Spitze der Ebert-Scheidemann in Ketten angelegt worden. Unsere russischen Brüder werden sich das nicht gefallen lassen können. Der Krieg ist mit ihnen unvermeidlich, wenn sich die deutschen Arbeiter nicht wie ein Mann von der Partei und Regierung Ebert-Scheidemann-Poste lossagen und sich nicht wie ein Mann gegen die Weltallt dieser Verräterbande erheben wollen.“

Wir fordern sofortige Verbrüderung mit Russland und Nadeks sofortige Entlassung. Ebenso die restlose Entlassung der jungen Kadetten, die Auflösung der weißen Garde und die Bildung einer Roten Armee, sowie die Erziehung der bisherigen Räte, die sich als unzuverlässig und unfähig erwiesen haben, durch neue.“

### Politische Tageschau.

Die Wahlbeteiligung bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin war durchschnittlich um 25 Prozent geringer als bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Am meisten haben eingebüßt an Stimmenzahl die Mehrheitssozialisten und die rechtsstehenden Parteien, während die Demokraten und die Unabhängigen am besten abgeschnitten haben. Die Mehrheitssozialisten erhielten in Berlin nach den vorläufigen Feststellungen 233 685 Stimmen, die Unabhängigen 181 201, die Demokraten 96 891, die Deutschnationalen 67 109, die Christliche Volkspartei (Zentrum) 29 721 und die Deutsche Volkspartei 29 804 Stimmen.

Die Residenz des Reichspräsidenten Ebert. Eine nach sozialdemokratischer Auffassung für das Deutsche Reich höchst bedeutungsvolle Frage ist jetzt entschieden worden, es ist die Bestimmung darüber, wo der Reichspräsident Ebert fortan residieren wird. Die Wahl schwankte zwischen dem Schloß Bellevue, dem bisherigen Ministerium des königlichen Hauses, und dem Palais von dem Prinzen August Wilhelm von Preußen bewohnten Palais Herr Ebert hat geruht, nach längerem Überlegen für das Palais des Prinzen August Wilhelm zu entscheiden. Die nötigen Arbeiten um diesen Ort würdig für den Reichspräsidenten herzurichten, sind bereits im Gange. Gegenwärtig wohnt die Familie des Reichspräsidenten in der Amtswohnung des Reichsamt des Prinzen August Wilhelmstraße 72. Es wurde vordem von den Prinzen Alexander und Georg von Preußen bewohnt.

Die Kommissionsvertreter der Deutschnationalen Volkspartei. In einer Fraktionsitzung der Deutschnationalen Volkspartei wurde die Verteilung der Mitglieder auf die Kommissionen vorgenommen. Es wurden gewählt für die Kommissionen für Haus- und Hofbau: Dr. Graf von Pöschel, Dr. Schulz-Bromberg, Dr. Röhde; Kommission für die Kommissionen für Haus- und Hofbau: Dr. Graf von Pöschel, Dr. Schulz-Bromberg, Dr. Röhde; Kommission für die Kommissionen für Haus- und Hofbau: Dr. Graf von Pöschel, Dr. Schulz-Bromberg, Dr. Röhde.

Die Behauptung, dass die Ministerpräsidenten Scheidemann, General Ludendorff habe am 1. Oktober 1918 gesagt: „Ich komme mir vor wie ein Hahnenkämpfer“, ist irrtümlich. General Ludendorff hat in den letzten Tagen des September und am 1. Oktober wiederholt erklärt: „Die Lage in Mazedonien hat mich gezwungen, für den Westen bestimmte Reserven auf dem Balkan einzusetzen. Für die Westfront sind nun keine Reserven mehr verfügbar. Angesichts der ersten Kämpfe läme ich mir wie ein Hahnenkämpfer vor, wenn ich nicht auf baldige Beendigung des Krieges dränge.“

Auflösung des Landesvereins Pommern der Deutschen Vaterlandspartei. Der Landesverein Pommern der Deutschen Vaterlandspartei ist am 28. Dezember 1918 aufgelöst. Nachdem inzwisch eine Prüfung der Geschäftsbücher durch die damals bestellte Kommission erfolgt ist, ist nunmehr das vorhandene Vermögen in Höhe von 12987,37 Mark je zur Hälfte und zwar zur freien Verfügung dem Provinzialausschuss für Pommern der Nationalen Liga für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und dem Ausschuss für die Kriegsbeschädigten für Pommern überlassen. Das Vermögen der Kreisvereine Stettin, Belgard, Saargau u. a. die ihre Kassenbestände nicht selbst für die erwähnten Zwecke verwendet haben, ist in dem angegebenen Betrage mitzuteilen.

Die „teuren“ Monarchien. In Würtemberg wird zurzeit die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat vorgenommen. Sie führte zu einem interessanten Ergebnis. Die Kassen der Krone von Würtemberg hatte 24 Millionen Mark im Jahre betragen. Bekanntlich sollte es einer der augenfälligsten und sichersten Vorteile der Revolution sein, ein Vorteil, von dem sogar manche Bürgerlichen überzeugt waren, daß die Summen für diese Kassen nicht eripiert würden. Und was ergab sich nun in Würtemberg? Es wird auch nicht eine Mark von dieser 24 Millionen erspart werden, da der König diese Summe restlos zur Unterhaltung des Hoftheaters, der Schlösser und Anlagen und zur Zahlung von Gehältern und Ruhegehältern für das damit beschäftigte Personal verwendet hatte; diese Kassen aber muß der Staat sämtlich übernehmen, wenn er nicht die Vermögenswerte herunterkommen lassen will, um die es sich da handelt.

Regierungspartei und doch vaterlandlose Gesellen. Höchst bezeichnend für die Gesinnung, die in der jetzigen „Regierungspartei“ herrscht, sind Vorkänge, die uns aus Bad Dörmann bekannt sind. Dort wollte der Bürgerausschuss im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien eine Protestkundgebung gegen die fortgesetzte Vergewaltigung Deutschlands durch die Entente veranstalten, ein Vortrag, des als deutschnationaler Redner bekannte Marine-Korpspfarrer Koene sollte seinen Abschluß in dem Gesang des „Deutschland über alles“ finden. Am Nachmittag des Versammlungstages erklärte jedoch der Vertreter der Sozialdemokratie, sein Parteivorstand werde das Singen dieses Liedes nicht dulden! Da keine Einigung erfolgte, erklärte am Abend der Redner, er könne sich solchem Terror nicht beugen und werde nicht in einer Versammlung sprechen, wo man den Gesang unseres deutschen Liedes nicht gestatte. Als infolge dessen der Vorsitzende die Kundgebung auf die Verteilung und Begründung einer Entschliessung beschränken wollte, erhob sich die Versammlung, aus der schon zuvor empörte Zwischenrufe ertönt waren, wie ein Mann und stimmte das verhehrt Lied an, um damit zu bezeugen, daß die Einwohnerschaft unserer Stadt nicht gewillt ist, sich die Betörung ihres vaterländischen Empfindens verflümmern zu lassen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei aber, der mit den Vorsitzenden der anderen Parteien am Vorhandstisch Platz genommen hatte, verließ bei Beginn des Liedes mit etwa einem Dutzend Parteigenossen den Saal. Der Vorsitzende erwiderte nun den Redner, nach dieser überzeugenden Kundgebung deutscher Gesinnung, seinen Vortrag doch noch zu halten, was denn auch geschah! Nach einstimmiger Annahme der Entschliessung an Reichsrentierung und Reichsbürgerausschuss klug wie ein Schwur der Anwesenden auf die Forderung des Redners, wenn jetzt noch einmal jeder Waffentüchtige zum Schutz des Vaterlandes aufgerufen werden sollte, wie ein Mann dem Ruf zu folgen, nochmals das deutsche Lied durch den

Saal. Die Vertreter der Regierungspartei, die Sozialdemokraten, hatten mit ihrem Terrorisierungsversuch der deutschen Sache also den besten Dienst geleistet.

### Aus Stadt und Land.

Köslin, den 24. Februar 1919.  
Zum 25. Februar: Sonnenaufgang 7,00. Sonnenuntergang 5,28.  
Mondenaufgang 3,46. Monduntergang 11,47.

Auch das Verwundetenabzeichen wird weiter verliehen. Die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ und die Mitteilung des Militärkabinetts, nach denen die Verleihung preussischer Orden hinfällig nicht mehr stattfindet, erstreckt sich nicht auf das Verwundetenabzeichen. Dieses wird ebenso wie das Eisene Kreuz und die Rotekreuz-Medaille nach wie vor verliehen.

Der Volksbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen Bezirksgruppe Köslin) erläßt in heutiger Nummer einen Aufruf, auf den wir hiermit besonders hinweisen. Näheres siehe Anzeigenblatt.

Personalia. Als Rektor nach Lauenburg berufen wurde der hiesige Mittelschullehrer Rektor Braun.

Die Silberhochzeit beging am Sonnabend das Goldschmied Karl Barteltische Ehepaar, hier, Junkerstraße 10. Der Männergesangsverein „Sängerkreis“, dem der Jubilar über 25 Jahre, davon lange Jahre als Vorstandsmitglied angehört, brachte dem Ehepaar eine oratorische Ehrung dar.

Die B. A.'s Köslin (Bibelkränzchen für Schüler höherer Lehranstalten) hatten am Freitagabend zu einem Familienabend in die Aula des Gymnasiums eingeladen. Zahlreich war man die Aula des Gymnasiums eingeladen. Zahlreich war man die Aula des Gymnasiums eingeladen. Zahlreich war man die Aula des Gymnasiums eingeladen.

Die Korporation der Kaufmannschaft hatte am Sonnabendabend zu einem öffentlichen Vortrage bei Lüdke im kleinen Saal eingeladen, dessen Besuch sehr zu wünschen übrig ließ. Der Vorsitzende Stadtrat Kaufmann Werner begrüßte die Erschienenen in einer kurzen Ansprache, worauf der Generalsekretär des Hansabundes Walter Zimmermann aus Stettin über den Wiederaufbau des volkswirtschaftlichen Lebens in Deutschland sprach und in gewandten Ausführungen die Aufgaben darlegte, die für eine Hebung von Handel und Wandel und zum Wiederaufbau von Gewerbe und Industrie notwendig und zu erfüllen sind.

Die Korporation der Kaufmannschaft hatte am Sonnabendabend zu einem öffentlichen Vortrage bei Lüdke im kleinen Saal eingeladen, dessen Besuch sehr zu wünschen übrig ließ. Der Vorsitzende Stadtrat Kaufmann Werner begrüßte die Erschienenen in einer kurzen Ansprache, worauf der Generalsekretär des Hansabundes Walter Zimmermann aus Stettin über den Wiederaufbau des volkswirtschaftlichen Lebens in Deutschland sprach und in gewandten Ausführungen die Aufgaben darlegte, die für eine Hebung von Handel und Wandel und zum Wiederaufbau von Gewerbe und Industrie notwendig und zu erfüllen sind.

Die Korporation der Kaufmannschaft hatte am Sonnabendabend zu einem öffentlichen Vortrage bei Lüdke im kleinen Saal eingeladen, dessen Besuch sehr zu wünschen übrig ließ. Der Vorsitzende Stadtrat Kaufmann Werner begrüßte die Erschienenen in einer kurzen Ansprache, worauf der Generalsekretär des Hansabundes Walter Zimmermann aus Stettin über den Wiederaufbau des volkswirtschaftlichen Lebens in Deutschland sprach und in gewandten Ausführungen die Aufgaben darlegte, die für eine Hebung von Handel und Wandel und zum Wiederaufbau von Gewerbe und Industrie notwendig und zu erfüllen sind.

Die Korporation der Kaufmannschaft hatte am Sonnabendabend zu einem öffentlichen Vortrage bei Lüdke im kleinen Saal eingeladen, dessen Besuch sehr zu wünschen übrig ließ. Der Vorsitzende Stadtrat Kaufmann Werner begrüßte die Erschienenen in einer kurzen Ansprache, worauf der Generalsekretär des Hansabundes Walter Zimmermann aus Stettin über den Wiederaufbau des volkswirtschaftlichen Lebens in Deutschland sprach und in gewandten Ausführungen die Aufgaben darlegte, die für eine Hebung von Handel und Wandel und zum Wiederaufbau von Gewerbe und Industrie notwendig und zu erfüllen sind.

Abge unser schönes Deutschland vom Spartakus-Bolschewismus verschont bleiben!

Ein diebischer Kutscher. Das als Helferin in Rußland tätig gewesene Fräulein Marta Freter von hier hatte kurz vor ihrer Rückkehr nach Deutschland für über 500 Mark Lebensmittel dort eingekauft und diese in einer Kiste verpackt als Bahnfrachtgut nach Köslin geschickt. Da die Sendung auch längere Zeit nach ihrer Ankunft hier nicht eintraf, wendete sich die Absenderin an die Aufgabestation der Kiste wegen deren Verbleib. Es wurden Nachforschungen angestellt, die das Ergebnis hatten, daß die Kiste hier eingetroffen und vom Bahnspediteur auch in Empfang genommen worden war. Der bei demselben als Kutscher tätig gewesene Arbeiter Finte hatte aber den Inhalt der Kiste richtig bewertet und diese einfach unterschlagen, nachdem er den Namen der Empfängerin auf der Quittung-Liste gefälscht und die Fracht aus seiner Tasche bezahlt hatte. Die Polizei hat nun bei F. die Kiste, die er bereits zu einem Kaminofen umgebaut hatte, vorgefunden, von den Lebensmitteln fehlt aber je die Sp. r.

Eisenbahnunfall. Am Sonntag nachmittags 8,26 Uhr entgleiste auf der Strecke Belgard-Köslin, etwa 200 Meter vom Bahnhof Thunow entfernt, von dem Güterzug mit Personenbeförderung 6196 vier Personen- und ein Packwagen. 22 Personen wurden hierbei leicht verletzt. Die Strecke war Montag früh 7 Uhr gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Ursache des Unfalles ist auf das Lösen und Herunterfallen des Gesteßels vom Packwagen, der die Personenwagen zur Entgleisung brachte, zurückzuführen.

Besitzwechsel. Das Haus Danzigerstraße 24, dem Rentner Ernst Pagel gehörig, ging durch Kauf in den Besitz des während des Krieges als Erzieher am hiesigen Kadettenhaus beschäftigt gewesenen Dr. Reuse über. Dieser beabsichtigt, dort ein Schülerheim zu eröffnen.

Beläge Gemeinde erhebt die höchsten Gemeindesteuern in Pommern? Bisher stand immer Kalles in dem Rufe, die „teuerste“ Stadt Pommerns zu sein, weil dort vierhundert Prozent Einkommensteuern erhoben wurden. Nun ist aber Kalles auf 307 Prozent heruntergegangen. Jetzt genießt Bergen auf Rügen den Ruf, die höchsten Gemeindesteuern zu erheben, nämlich 360 Prozent. Sonst gibt es nur noch eine Stadt in Pommern, die mehr als 300 Prozent erhebt, nämlich Falkenburg mit 310 Prozent.

Jewelln. Fahrraddiebstahl. Ein Fahrrad im Werte von 125 Mark, das im Januar dem Kollektorbüro Spinner gestohlen war, ist jetzt in Köslin bei dem Arbeiter R. ermittelt worden und konnte dem Besitzer wieder zugestellt werden.

Siedlow (Kreis Belgard). In einer der letzten Nächte wurden dem Bauhofbesitzer Jentrich hier selbst aus seiner Wohnung 300 Mark gestohlen. Als Diebin kommt ein ehemaliger Fürsorgegehilf des Eisabteiles, namens Reeder, in Verdacht, die einem Mädchen Anna Schneider die Papiere gestohlen hat und nun unter diesem Namen umherstreift. Die Diebin ist noch nicht ermittelt worden.

Neustettin. Ohne Licht. Nach einer Mitteilung der Ueberlandzentrale Belgard wird die Lieferung elektrischen Lichts und Kraftstroms mit dem 22. Februar nach Neustettin infolge der Kohlennot vollständig eingestellt. Damit liegt unsere Stadt völlig im Dunkeln.

Bütow. Besitzwechsel. Das im Kreise Bütow gelegene Gut Neuhütt ging durch Kauf in den Besitz des Kaufmanns Ernst Horn, Lauenburg, über.

Nummelsburg. Pensionierung. Der hiesige Bürgermeister Marx, deren Gesundheit durch die Vorkänge in letzter Zeit sehr gelitten hat, hat seine Pensionierung zum 1. April dieses Jahres beantragt. Die städtischen Körperschaften haben dem Antrage entsprochen. Bürgermeister Marx hat hier eine Dienstzeit von zehn Jahren geleistet und will seinen Wohnsitz nach Köslin verlegen.

Stralsund. Arbeitslose im Stadtparlament. Während der Verhandlungen über den Haushaltsplan des Stadttheaters füllte sich unter allgemeiner Störung der Versammlung der Zuschauerraum mit hiesigen Arbeitslosen, die von einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung zum Rathaus marschiert waren. Der Führer der Demonstrationen ergriff sofort das Wort, um dem Kollegium die bei der Versammlung im Gewerkschaftshaus angenommene Entschliessung zu verlesen. Der Demonstrationenführer ist so für die Sprecher aus, bisher ruhig verhalten, sollte aber den Forderungen nicht nachgegeben werden, kann werden die Arbeitslosen auch hier in Stralsund ihre Forderungen mit den Waffen zu vertreten wissen. Nachdem kategorisch ein früher Zeitpunkt für eine Aussprache gefordert war, einigte man sich zu einer Zusammenkunft auf vormittags elf Uhr. Unter Aufsicht von Meßner und Handarmanaten mitbringen, verließen hierauf die Arbeitslosen den Saal und die Verhandlungen konnten wieder aufgenommen werden. Dieser und der Sonnabend aus dem in gemeldete Vorgang zeigen die betrieblende Tatsache, daß das System der Arbeitslosenunterstützungen ein verfehltes Weg ist, um die Not zu lindern. Arbeit gibt es auf dem Lande vor allen Dingen genug, aber Arbeitslose spielen ist bequemer und bringt bei genügender Brutalität (und die kommt allmählich von selbst) noch mehr ein.

**Weisse Pferdewöhren**  
**Gelbe Wöhren**  
**Rote Wöhren**  
**Stoppelrüben**  
**Kohlrüben**  
**Zwiebeln**  
**Weißkohl**  
**Wirsing**  
und andere Sämereien  
liefert in zuverlässigen Sorten die  
**Pommersche Gemüsebau-**  
**u. Verwertungs-Gesellschaft**  
m. b. H.,  
Stettin, Berliner Tor 12.  
Druckschrist: Gemüsebau.  
Fernsprecher:  
5732, 5733, 5734, 6308, 5838, 5770.

**Zahn-Praxis**  
**W. Reichel**  
vorm. K. Reichel  
Feinpr. 416. Fernspr. 416  
Köslin, Bergstr. 7  
Eingang Junkerstr.,  
1 Treppe.  
Köslin, Datum der  
Bergstr. 7. Zeitungsnummer  
Meinen werten Patienten  
die höfliche Mitteilung, daß  
ich meine Praxis wieder auf-  
genommen habe. Sprech-  
stunden 9-1 und 3-6 Uhr  
(in dringenden Fällen zu jeder  
Zeit).  
Mit vorz. Hochachtung  
**Willy Reichel.**

**Trefte Montag früh wieder mit einem großen**  
**Transport**  
**junger, starker ostpreussischer**  
**Pferde und Ponys**  
ein und stelle dieselben preiswert zum Verkauf, auch  
Tausch.  
**Julius Trabandt,**  
Rügenwalde.

Da ich mit Züchtern größere Abschlüsse in Saugfohlen habe, so  
nehme ich Bestellungen für  
**ostpreussische, hannoveraner-, Ermländer-,**  
**holsteiner- und rheinisch-belgische**  
**Saugfohlen**  
entgegen.  
Ich würde die geehrten Besitzer bitten, ihren Bedarf baldmöglichst  
durch Bestellung zu deken, da große Nachfrage in diesem Jahre ist.  
**Edmund Kohls, Pferdehandlung,**  
Köslin, Neuctorstraße 20.

In Schübben-Zanow nehmen wir am  
Mittwoch, dem 26. d. Mts.,  
**Schweine**  
ab.  
**Kösliner**  
**Viehverwertungs-Genossenschaft.**  
Flechten, Wunden, offene Füße, Krampfadernleiden heilt  
fogar in verzweifeltsten Fällen mit oft  
überraschendem Erfolg die haubildende, schmerz- und juckreizlindende  
Vater Philipp-Salbe. Preis 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in  
Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht  
erhältlich, direkt bei  
**Tutogen-Laboratorium, Bittkehlen-Rominten. 212.**

Für die uns zu unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit und Glückwünsche, sowie dem Männergesangsverein „Sängerkreis“ für die gesungene Ehrung sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Köslin, den 22. Februar 1919.

**Karl Bartelt und Frau.**

**Bekanntmachung.**

Auf Grund der Kreisblattbekanntmachung vom 11. 12. 1918 (Kr.-Bl. S. 441) sind den Ortsbehörden die Nachweisungen über solche Schweinebesitzer eingereicht, welche die zum Schlachten aufgestellten Tiere erst nach dem 31. Dezember 1918 schlachten wollten. Nachdem die Ortsbehörden sich davon überzeugt hatten, daß die Antragsteller genügend Futter zur Weiterfütterung der Schweine besaßen, sind die Schlachtungen auch nach dem 31. Dezember 1918 bisher genehmigt worden. Ein Teil der Antragsteller wollte die Schweine erst im Monat März und später schlachten. Nach den aufgestellten Richtlinien darf die Schlachterlaubnis nach Ablauf des Monats Februar nicht mehr erteilt werden.

Gleichzeitig wird nochmals auf die Verpflichtung zur Ablieferung von Speck und Fett aus Hauschlachtungen von Schweinen hingewiesen. Es ist abzuliefern von jedem Schwein im Schlachtgewicht von

- 60 - 70 Kilo = 1 Kilo.
- 70 - 80 Kilo = 2 Kilo.

von jedem Schwein im Schlachtgewicht von mehr als 80 Kilo für weitere je angefangene 10 Kilo gleich 0,5 Kilo Speck oder Fett. Speck ist im geräucherter, Fett im ausgeschmolzenen Zustande zu liefern. Die Ablieferung hat an die Viehverwertungsgenossenschaft in Köslin zu erfolgen. Diese bezahlt pro Pfund für gepökelten und geräucherter Bauchspeck 3,25 Mark, für gepökelten und geräucherter Rückenpeck 4 Mark und für ausgelassenes Schmalz 4 Mark.

Nachdem die Rüstungsindustrie abgebaut wird, werden die Speck- und Fettmengen für die heranwachsenden Kinder, die werdenden und stillenden Mütter, die Kranken und sonstigen notleidenden Teile der Bevölkerung, insbesondere in dicht bevölkerten Gebieten verwandt.

Köslin, den 10. Februar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses,  
von Eisenhart-Notke, Landrat.

Bekanntmachung

Köslin, den 21. Februar 1919.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

**An- und Abmeldung für die Lebensmittelversorgung.**  
Zur dringenden Beachtung weisen wir auf Nachfolgendes hin: Bei der Abmeldung aus der Lebensmittelversorgung ist stets der Droskausweis, die Butterquittungskarte, Milch-, Eier-, Kartoffelkarte sowie sämtliche Lebensmittelkarten mitzubringen.

Bei der Anmeldung ist stets die polizeiliche Anmeldung in hiesiger Stadt und die Abmeldung aus der Lebensmittelversorgung des letzten Wohnortes vorzulegen. Wenn die Zuschreibung zu einem hiesigen Haushalte gewünscht wird, so sind alsdann auch sämtliche oben erwähnten Karten des in Betracht kommenden Haushaltes mit vorzulegen.

Wir bitten vorstehendes in Zukunft genau beachten zu wollen.  
Köslin, den 24. Februar 1919.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

Aus gesundheitlichen Gründen wird die Bevölkerung dringend vor dem Genuß ungekochter Milch gewarnt.

Köslin, den 20. Februar 1919.  
Die Polizeiverwaltung.  
Dr. Pusch.

**Freiwillige Versteigerung.**

Mittwoch, d. 26. d. Mts., werde ich am Kleinbahnhof, Grünerweg 13, von vorm. 9.30 Uhr ab:  
1 Jagdwagen, 1 gr. eisernen Ofen, 1 Häckselmaschine, zirka 40 qm. Korkplatten, komplettes Uhemacher-Handwerkszeug, die Gatterfäden, Fellen, Dreikantseilen u. versch. andere mehr öffentl. meistbietend gegen sofortige Barzahlung veräußern.

**Ewald Beihl,**

vereid. Auktionator u. Taxator,  
Hospitalstraße 9, 1 Trp.

**Brennholzverkauf.**

Aus dem diesjährigen Einschlage der Rittergutsforst Varchmin werden am Dienstag, dem 25. Februar, ca. 220 rm Buchen-Kloben, 80 rm Buchen-Knüttel und 60 Strauchofen meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf gestellt.

Beginn des Verkaufs um 10 Uhr vorm. an Ort und Stelle, im Kahlschlag am Wege Varchmin-Biziter.  
Die Forstverwaltung.

**Holzverkauf**

in der Lassehner Forst am Donnerstags, dem 27. Februar. Anfang 10 Uhr am Lappenhagen-Rühower Wege.

Gust.

**Holzversteigerung.**

Mittwoch, den 26. d. Mts., von vormittags 9 Uhr an, werde ich einen größeren Posten Knüttelholz und Strauchofen im Zimminer Walde auf der Völlnerschen Parzelle meistbietend gegen gleich bare Bezahlung verkaufen.  
Aug. Brodowski, Köslin.

**Zentrifuge**

Eine fast neue große zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

**Deutsche Volkspartei.**

**Nationalliberaler Verein Köslin.**

Unsere Vorschlagsliste für die Stadtverordnetenwahl lautet:

- |                                      |                                     |
|--------------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Dr. Brummund, Rechtsanwalt        | 19. Reimann, Modelltischler         |
| 2. Sawallisch, Ober-Postsekretär     | 20. Sohrbandt, Regierungsbote       |
| 3. Timm, Justizrat                   | 21. Barzel, Buchhalter              |
| 4. Masche, Regierungsekretär         | 22. Fr. Thiede, Lehrerin            |
| 5. Schäfer, Fabrikbesitzer           | 23. Falc, Dentist                   |
| 6. Frau Justizrat Sachse             | 24. Kätsch, Zollassistent           |
| 7. Treptow, Maurer- u. Zimmermeister | 25. Minz, Schmiedemeister           |
| 8. Brandt, Stadtschreiber            | 26. Fr. Wrana, Postgehilfin         |
| 9. Kiefow, Fabrikbesitzer            | 27. Mehlsorn, Ziegeleibesitzer      |
| 10. Köndow, Kaufmann                 | 28. Manke, Zollinspektor            |
| 11. Geisendorff, Bäcker-Obermeister  | 29. Dumke, Schneidermeister         |
| 12. Schmurr, Rechnungsrat            | 30. Lesser, Beheimer Regier.-Rat    |
| 13. Klinger, Fabrikbesitzer          | 31. Fr. Beggerow, Geschäftsleiterin |
| 14. Haack, Ober-Postschaffner        | 32. Rickmann, Rechnungsrat          |
| 15. Schmidt, Maschinenschlosser      | 33. Postrandt, Kaufmann             |
| 16. Frau Apothekenbesitz. Hoffmann   | 34. Fr. Schumacher, Stäbe           |
| 17. Ziebell, Rentier                 | 35. Laab, Studienrat                |
| 18. Hoffmann, Friseur-Obermeister    | 36. Hübner, Steuerinspektor         |

Unser Stimmzettel trägt die ersten zwölf Namen. Anmeldungen zur freiwilligen Wahlhilfe, auch der jugendlichen Helfer, dringend erbeten: Geschäftsstelle Bergstraße 13, Fernruf 500.

**Wählt Liste Brummund!**

**Deutscher Offizierverein.**

**Zahnpflege und Zahnersatz**

Bergstr. 29 **f. Pohlenz** Bergstr. 29  
persönlich zu sprechen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.

**Münchener Pschorrbräu  
Stettiner Bergschloßbier**

Pilsener Art und Maßbier  
vorzüglich im Geschmack und Mousseur, in Flaschen und Fässern.  
Um pünktlich liefern zu können, bitte ich Bestellungen 1-2 Tagen vorher zu machen.

Fernruf 103. **Eduard Laabs.**

**Volksbund zum Schutze deutscher  
Kriegs- und Zivilgefangenen.**

Im Hinblick auf unsere unschuldig in Gefangenschaft schmachtenden Volksgenossen ist es Pflicht jeder Stadt und jeder Ortschaft, eine Ortsgruppe zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen zu gründen.  
Männer und Frauen helfen durch ihre Beitrittserklärung unseren Waffenstillstandsdelegierten ein Machtmittel, daß nämlich das ganze deutsche Volk hinter ihnen steht, in die Hand geben, und durch freiwillige Beiträge die Leiden unserer Volksbrüder lindern.

Säumt daher nicht, bildet eine Ortsgruppe zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen und schließt Euch sofort der Bezirksgruppe Köslin an.  
In allen Fragen über Ziele und Organisation des Volksbundes, Bildung von Ortsgruppen, Aufstellung der Satzungen, Werbematerial usw. usw.  
steht mit Rat und Tat gern zur Seite

Bezirks-Gruppe Köslin des Volksbundes zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen.  
Rosenfeld, Schriftführer.  
Köslin, Rogzower Allee 28. Telegr.-Adr. Gefasch Köslin.  
Schon bestehende Ortsgruppen werden dringend er- sucht, sich sofort der Bezirksgruppe und somit dem Volksbunde anzuschließen.

**Der Reichsaussschuß für Oele u. Fette, Berlin, schließt**

**Anbauverträge für Sommerölfrüchte**

für Sommerrüben, Leindotter, Mohn und Senf werden außer den lohnenden Abnahmepreisen Flächenzulagen, für Senf außerdem eine Druschprämie gewährt. Der Bezug von Kunstdünger für die Anbauer wird vermittelt.

Näheres durch den unterzeichneten Kommissar des Reichsaussschusses.

**M. Gottschalk Lewy Nachf.**  
Belgard (Persante).

**Brennholz**

trockenes Kiefernholz, zerkleinert (Küchenholz) p. Ztr. 4.75 liefern frei Haus

**Bertinetti & Meyer**  
Runder Teich 14. Telephon 228.

**Sparame Bauweisen**

für Kleinsiedlungen und Kleinwohnungen

**Erwirken der Baukostenübertreibung**

aus öffentlichen Mitteln

**Entwürfe und Bauausführungen**

im Hoch- und Eisenbetonbau

**Spezialausführungen**

Reinholzfußböden (Linoleumersatz)

Ruberoidpappdächer (Teeren unnötig)

**Felix Böttcher,**

Architekt u. Maurermeister,

Böttcherstr. 17-19. Fernruf 41.

**Frauenchor.**

Dienstag, den 25. 2. 19, Übungsstunde 4 Uhr, Gymnasium.

**Arbeitsmarkt.**

**Schachtmeister**

für Chausseebauten stellt sofort ein **August Brodowski,** Köslin.

Suche zum 1. März od. 1. April **1 Lehrling**

mit guter Schulbildung. **Gustav Gerndt, Drogerie, Hohetorstr. 17.**

**Deputat-**

**Arbeiterfamilien**

mit Hofgänger sucht zu Marien **Dom. Parnow.**

Gesucht zum 1. April d. Js. eine zuverlässige

**Wirtin**

für nicht großen Haushalt mit guten Zeugnissen. **Frau p. Blankenburg-Strachmin, bei Trizow.**

**Wirtin**

zum 1. 4. 19. **Frau von Schmeling, Gudenhagen bei Köslin i. Pom.**

Suche zum 1. April eine **Köchin**

oder **Hausmädchen**

mit Kochkenntnissen, sowie ein **tüchtiges Stubenmädchen** das etwas nähen kann. **Frau Regierungsrat Peyer, Dautzigerstraße 30.**

Da vom Heeresdienst entlassen, suche zu sofort oder später selbständige (verh.)

**Inspektorstelle**

auf Haupt- oder Nebengut. Gute Zeugnisse vorhanden. Best. Offerten erbitet **E. Duste, Inspektor, Köslin, Karlstraße 19.**

**Verkäuferin**

für Modemaren per sofort oder später gesucht. Angebote mit Behaltsansprüchen und Zeugnisabschr. unter **D. 182** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

**4 Dienstmädchen**

für Haushalt gesucht. Meldungen an die Gutsverwaltung **Zeitun bei Pollnow.**

Gutsverwaltung **Gros-Dubbersow** kann noch

**Arbeiterfamilien**

(möglichst mit Hofgängern) ein- stellen.

**Viehwärterfamilie**

mit guten Empf. und 5 kräftigen eig. Melkern, welche bei geringem Viehbestand zur Arbeit abgeben, sucht bei bescheidenen Ansprüchen zum 1. 4. oder später Dauerstelle. Ang. erb. **Rosen, Stolp i. Pom., Bahn- hofstraße 13.**

**Deputantenstellen**

und die Stelle eines **verheir. Stellmachers**

zu vergeben. Meldungen bei der Gutsverwaltung.

Gutsverwaltung **Kiedow** sucht zum 1. 4. 19 noch einige

**Deputanten**

mit Hofgängern bei hohem Lohn und Deputat.

**Tiermarkt.**

Zwei starke

**Arbeitspferde**

braune (Wallach), 12jähr. mit Blessé, 4jährig (Wallach). Ein panner oder auch auf ver. aufst. Kauf, Plänenhagen.

**Zuchthühner**

17-liser Brut, Hll., gelb- od. hll. farben, taugt Stadtm.

**Pferd,**

ein- und zwispännig f. und verkauft Stäwe, Schwein.

Zwei mittelschwere, zugfähige **Arbeitspferde**

verkauft **Moldenhauer, Janow-Pom.**

**Grundstücks- und Geldverkehr.**

**Das Restaur.-Grundst.**

Gärtnerstr. 2, m. Saal u. Garten (Baustellen) frant. Preisw. zu verkaufen Plänen- Besitzer d. selbst.

S. Hst. Käufer sucht

**Gut**

mit 100-200 000 Mark Wert an die Gesch. d. Bl. unter **L.**

**Landwirtschaft** kleine, zu Spät. Kauf nicht ausgeschlossen. gebote unter **D. 184** an die d. dieser Ztg.

**hausgrundstück** (Einfam. groß, od. Gemüsegarten, in od. Umgeg. lin, Bahnl. Kolberg-Köslin- gard zu pachten ges. Spät. Kauf ausgeschlossen. Ang. u. **€ 185** a. d. April 30 000 Mark ganz oder teilt zu vergeben. **Wagner, Danzigerstr.**

**An- und Verkäufe.**

**Kinderstuhl,**

Kinder-Zinkbadewanne

verkauft **Schwinger, Danzigerstr.**

Ein Paar I. Rad.-Stiefel, die 1 fast neue Reithose, 1 große Schneidemaschine verkauft. **Karlstraße 21.**

**Reisewagen**

sobald zu kaufen gesucht. Wert die Geschäftsstelle d. Ztg.

**Berschiedenes.**

**Verloren**

im Januar goldene Brillen ohne m. schwarz. Futteral. Abgeg. gegen Beloh. bei Loth, Bergr.

**Pelzkragen,**

(brauner Edelmarder) auf dem von Chaussee Funtenhagen. Gegen abzugeben bei Frau von Funtenhagen, Kr Köslin.

**Kösliner**

**Beranstellungen.**

Montag, den 24. Februar, Katholischer Männerverein, 8 Uhr Versammlung bei meyer.

**Anzeigen aus Janow**

**Bekanntmachung**

Nachdem das Einquartierkataster vom 1. bis 20. d. zur Einricht. der Beteiligten legen hat, und Einträge erhoben sind, ist daselbe von uns festgesetzt worden. **Janow, den 21. Februar. Der Magistrat.**